

STAND PUNKT

Christlich-politische
Monatszeitschrift

März 2018

Zusammenarbeit

Die Schweizer Botschaft gehört nach Jerusalem!
Petition der EDU
Seite 4

BEWAHRUNG IM ALLTAG

EDU-Kandidat überlebt Horrorcrash
auf der A6 beinahe unversehrt

Seite 5

WIE SINNVOLL IST E-VOTING?

Höhere Umsätze, stagnierende
Stimmbeteiligung, Abhängigkeit...

Seite 11

KANTON ZÜRICH

• Hauptstadt: Luzern oder Aarau?
• Gender: «Take a Stand»

KANTONALTEIL

Inhalt

4

Petition



Schweizer Botschaft nach Jerusalem!

Die EDU-Petition zur Verlegung der Schweizer Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem läuft bis am 30. April. Sie verdient breite Unterstützung. Unterschreiben auch Sie!

6

Rezension



Lüge - oder nur Unwahrheit?

Roland Baaders Buch «Die belogene Generation» behandelt den häufigen Anspruch von Verwaltung, Politik, Bildungsstätten und Medien, die Wahrheit zu proklamieren. Die Botschaft ist brandaktuell: Die Gesellschaft wird in ihrem Denken und Handeln «umgepflügt».

12

Hintergrund



«Netzwerkdurchsetzungsgesetz»

Der Staat will seine Sicht der Dinge ungehindert verbreiten können. Mit dem Netzwerkdurchsetzungsgesetz wird die Meinungsfreiheit in Deutschland eingeschränkt. Das ist eine höchst beunruhigende Entwicklung.

- 4 30 Jahre im «Büro Thun» tätig
- 7 Soll Abtreibung beworben werden dürfen?
- 8 Monatsinterview
- 13 Geld regiert die Welt
- 15 Zuschriften & Umfrage
- 16 Werteorientierte Zusammenarbeit
- 18 Service
- 19 Schlusspunkt

Wort des Monats

«ZUSAMMENKOMMEN IST EIN BEGINN, ZUSAMMENBLEIBEN EIN FORTSCHRITT, ZUSAMMENARBEITEN EIN ERFOLG.»

Henry Ford

www.schweizer-botschaft-nach-jerusalem.ch
edu-schweiz.ch

Liebe Leserin, lieber Leser



Ich bin überzeugt: Das christliche Wählerpotenzial in der Schweiz könnte den dringenden Richtungswechsel auf dem nationalen Parkett herbeiführen. Viele wünschen immer offener, dass christliche Werte wieder vermehrt in politische Entscheide miteinbezogen werden. Sie haben erkannt, dass bei Wahlen ihre Stimmen nicht verlorengehen, wenn sich bekennende Christen dank geschickten Listenverbindungen gegenseitig stärken. Besteht diese Option nicht, werden wertvolle Stimmen je nach dem jeweiligen politischen Umfeld abgegeben.

Vermehrt beurteilen Wahlberechtigte nach den effektiven Resultaten von Politikern, ihrem persönlichen Umfeld und nicht zuletzt den Zielen ihrer Partei. Leider werden in verschiedenen Parteibüchern offen oder hinter vorgehaltener Hand christliche Werte mit Füßen getreten oder schlichtweg negiert. Angesichts dieser Tatsachen hat die Geschäftsleitung der EDU Schweiz bereits vor zwei Jahren beschlossen, im Umfeld von werteorientierten Parteien zu sondieren und nach möglichen gemeinsamen Nennern zu suchen. Die erste Terminfindung nahm viel Zeit in Anspruch. Nach Vorgesprächen konnte eine erste Zusammenkunft auf den Februar 2017 terminiert werden. Ein zweites Gespräch fand ein halbes Jahr später statt. ideaSpektrum berichtete am 28. Juni 2017 darüber. Es konnten positive wie negative Rückmeldungen verzeichnet werden.

Das christliche Wählerpotenzial muss gebündelt werden. Leider sind unsere Möglichkeiten erschöpft, die Initiative für Gespräche im Moment aufs Eis gelegt. Für weitere Zusammenkünfte konnte weder eine gemeinsame Erklärung der nationalen Parteileitungen abgegeben noch ein Terminplan definiert werden.

Dennoch gibt sich die Parteileitung der EDU Schweiz zuversichtlich, vor den Nationalratswahlen 2019 christliche Kandidatinnen und Kandidaten mit verschiedenen christlichen Hintergründen zu vernetzen, und damit in der öffentlichen Wahrnehmung glaubhaft als starke Kraft aufzutreten.

Ich bin auch davon überzeugt, dass die Zukunft von kleineren und ganz besonders von christlichen Werken und Parteien vermehrt eine Zusammenarbeit verlangt. Im Blick auf die Stärkung der christlichen Werte stimmt das zuversichtlich.

Hans Moser, Präsident EDU Schweiz



Ostermontag, 2. April 2018 Kreuzlingen – Sonntag, 6. Mai 2018 Genf | 424 km

Erinnern Aufarbeitung der Vergangenheit

Versöhnen Beziehung zwischen Juden und Christen ermöglichen

Ein Zeichen setzen Für Israel und gegen modernen Antisemitismus

Segnen, erstatten Beschenken und zurückgeben

02. April Konstanz – Kreuzlingen

08. April Zürich

15. April Bern

22. April Payerne

06. Mai Genf

Aktueller Anlass

«Der Antisemitismus ist längst zu einer weltweiten «Macht» geworden, die fast alle Nationen beherrscht. Das belegen UN-Resolutionen gegen Israel immer wieder. Deshalb ist das Ziel der Platz der Nationen in Genf – direkt gegenüber dem Europäischen UNO-Hauptsitz!», schreibt der Organisator. «Wir laden ein, Teil davon zu werden und dabei zu sein bei dem, was Gott in dieser Zeit in und durch die Schweiz Segensreiches für die Holocaustüberlebenden, die Juden, Israel und die Nationen wirkt.»

Kontakt: Abraham Dienste, Werner Woiwode, info@verein-abraham.ch, 052 741 52 33

Petition: Schweizer Botschaft nach Jerusalem!



Roland Haldimann, Vizepräsident EDU Schweiz

Die EDU ist seit ihrer Gründung der Meinung, dass die Schweizer Botschaft in Israel nach Jerusalem gehört. Oder kennen Sie noch ein anderes Land, in dem sich die Schweizer Botschaft nicht in der Hauptstadt befindet?

Die Petition wurde am 31. Januar gestartet und läuft bis am 30. April. Unser Sammelziel sind mindestens 15000 Unterschriften.

Die Petition ist sehr gut angelaufen. Nach rund vier Wochen unterzeichneten über 3000 Personen online und geschätzte 3000 auf den gedruckten Bogen. Damit das angestrebte Ziel erreicht werden kann, benötigen wir jede Unterschrift, auch Ihre.

Haben Sie bereits unterschrieben? Wenn nicht, können Sie dies elektronisch auf der Homepage der EDU Schweiz, auf www.schweizer-botschaft-nach-jerusalem.ch oder auf den gedruck-

ten Unterschriftenbogen tun. Diese sind im Zentralsekretariat in Thun erhältlich (033 222 36 37, info@edu-schweiz.ch).

Ich bin überzeugt: Gemeinsam werden wir das Ziel erreichen. Danke für Ihre Unterstützung! •

«Jerusalem ja – aber nicht für die Juden»

«Es ist gar nicht unbedingt so, dass die Welt Jerusalem haben will. Immerhin war es viele Jahrhunderte lang – ob unter christlicher oder muslimischer Herrschaft – Ödland und ein verschlafenes Nest. Es ist einfach so, dass die Welt nicht will, dass die Juden Jerusalem haben.»

Rabbi Berel Wein (Israel National News, 26.12.2017)

Herzliche Gratulation, Renata!

Die Schweiz schätzt sich sehr glücklich über ihr langjähriges Personal. Das hier vorhandene Know-how und Potenzial ist ein Wert, für den wir äusserst dankbar sind.

Hans Moser,
Personalleiter EDU Schweiz

Es ist noch gar nicht so lange her, konnten wir Harold Salzmann für 15 Jahre Tätigkeit in der EDU ehren. Mit einem krankheitsbedingtem Unterbruch kann auch Thomas Feuz auf bald 15 Dienstjahre in der EDU zurückblicken. Mit 30 Dienstjahren ist Renata Gerber die dienstälteste Mitarbeiterin. Sie wurde von EDU-Mitgründer Werner Scherrer



Renata Gerber (rechts) mit Julia und Werner Scherrer.

angestellt und war vor allem für die Organisation ARMA tätig. Vorerst punktuell, dann zunehmend mit grösseren Pensen engagierte sie sich im Zentralsekretariat der EDU Schweiz. Ihre Fröhlichkeit wirkt ansteckend.

Renata Gerber danken wir auch an dieser Stelle für ihr langjähriges Engagement. Danke! •

30 interessante Jahre

Als ich 1988 angestellt wurde, war ich mir nicht bewusst, dass dies eine Lebensstellung wird. Die Arbeiten haben sich stark verändert. Anfänglich wurde die Adressverwaltung mit Karteikarten erledigt.

Ich blicke auf 30 schöne und abwechslungsreiche Arbeitsjahre zurück. Werner Scherrer bin ich dankbar, dass er mir den Wiedereinstieg ins Berufsleben ermöglichte. So konnte ich, während die Kinder zur Schule gingen, stundenweise einer externen Arbeit nachgehen. Aktuell bin ich zu 50 Prozent angestellt. Bis zu meiner Pensionierung in zwei Jahren wird mir diese Tätigkeit viel Abwechslung bringen. Denn: Bei der EDU ist kein Tag wie der andere.

Renata Gerber

Gott: stärker als 6 Tonnen Stahl



Der Vorfall am 6. Februar machte landesweit Schlagzeilen: Ein LKW-Container kippt zwischen Spiez und Interlaken auf die A6, überrollt einen PW, schiebt sich die Bahnböschung hoch, blockiert die vielbefahrene Zufahrt ins östliche Berner Oberland. Der Lenker, EDU-Kandidat Markus Schwander, kommt mit dem Schrecken davon.

Thomas Feuz

«Ich befahre die Strecke entlang des Thunersees seit vielen Jahren. Dabei fallen einem die vielen Blumen und Grablichter entlang der Strasse auf, denen ich jedoch nie grosse Beachtung schenkte», sagt Markus Schwander. Beinahe wäre am 6. Februar ein weiteres dazu gekommen. Was war passiert?

Schwander, unterwegs zu einem Kunden, erlebt den Schreck seines Lebens: «Plötzlich verliert ein entgegenkommender Lastwagen einen Container. Der Abstand beträgt noch etwa 50 Meter. Der Container von etwa sechs Tonnen überschlägt sich mehrmals und rollt auf mich zu. Rechts der Bahndamm, links der Gegenverkehr – es gab kein Entrinnen.»

Der 46-Jährige realisiert erst später, was genau passiert war. Er erinnert sich an sein instinktives Bremsmanöver, den auf ihn zurollenden Container, den Aufprall, die mit Wucht agierenden Airbags, den Geruch von Angebrannten, viel Blut, die plötzliche Stille ...

Übers Auto auf den Bahndamm

Der Container rollt über Schwanders Auto aufs Bahngleis hinauf, wo er einen Lichtbogen auslöst. Als der Chauffeur des LKWs Schwander aus dem Auto befreit, sagt er: «Gott sei Dank! Du lebst noch.» Beide stehen unter Schock und sind nicht in der Lage, die Polizei zu alarmieren, die nahenden Züge zu stoppen. So prallt ein Zug in den Container, der dadurch wieder auf die Strasse zu liegen kommt. Schwanders Auto erlitt Totalschaden. Der vierfache Familienvater selber blieb vor grösserem Schaden bewahrt. Ein Rettungssanitäter sprach von «Glück gehabt». Schwander korrigierte: «Nein, für mich gibt es in solchen Momenten kein Glück. Ich erlebte Bewahrung.»

«Ich bin dermassen gesegnet», sagt Schwander gegenüber dem «Standpunkt». Diesen Segen möchte er weitergeben, gerade auch dem Chauffeur des LKWs. Noch auf dem Unfallplatz legt er ihm den Arm um die Schultern und tröstet ihn. Beide haben vereinbart, miteinander in Kontakt zu bleiben.

Seither lebt er noch bewusster

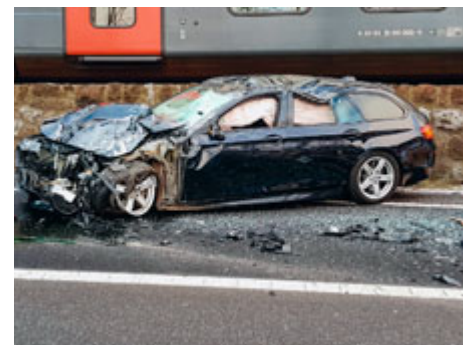
«Trotz dem grossen Medienrummel gab es einige tiefe Gespräche», schaut Markus Schwander zurück. Die Lokalmedien berichteten, aber auch die kantonale Presse und sogar der «Blick». Schwander erhielt Dutzende von Kommentaren auf Facebook, selbst aus Übersee. Immer wieder lautet seine Message: «Ich hatte nicht nur einen Schutzengel, sondern erlebte göttliche Bewahrung. Gott gehört die Ehre!»

Und was hat der Vorfall im Leben von Markus Schwander bewirkt? «Ich durfte erkennen, dass die Familie zusammenhält, wenn es hart auf hart geht. Wir leben seither viel bewusster. Nichts ist selbstverständlich im Leben und es ist ein Geschenk, wenn man bewahrt bleibt.»

«Für Gott hinstehen»

Noch etwas ist für Schwander wichtig, der mit seiner Frau und den beiden jüngeren Kindern das ICF in Thun besucht: «Dieser Unfall bietet eine Riesenchance, über Bewahrung und über Gott zu reden. Ich möchte für Gott hinstehen.»

Markus Schwander ist Kandidat der EDU Amt Thun für die Grossratswahlen von Ende März. Seine Erwartungen? «Ich trete einfach für Gott hinaus. Er hat alles unter Kontrolle und weiss, was gut ist.» •



Lüge – oder nur Unwahrheit?

Roland Baaders Buch «Die belogene Generation» behandelt den häufigen Anspruch von Verwaltung, Politik, Bildungsstätten und Medien, die Wahrheit zu proklamieren. Die Botschaft ist brandaktuell: Die Gesellschaft wird in ihrem Denken und Handeln vollständig «umgeflügelt».



Martin Lex

Roland Baader (1940–2012) zeigt auf, wie die Deutschen über das Versagen zweier multinationaler Projekte – des braunen Sozialismus und des sozio-ökonomischen roten Sozialismus – Anschauungsunterricht erhielten. Leider wurden die entsprechenden Lehren nicht gezogen. Heute werde eine «DDR light», ein Sozialstaat vermischt mit Liberalismus, entwickelt.

«Die» Wahrheit wird relativ(iert)

Warum dürfen gängige sozialistische Konzepte nicht hinterfragt werden? Seit Hunderten von Jahren zerbrechen sich Philosophen über die Frage nach der Wahrheit den Kopf. Günter Rohrmoser bringt es auf den Punkt: «Die Wahrheit ist göttlich.»

Marxisten und führende Linke wissen, dass die Mehrfachmöglichkeit der Vernunft beziehungsweise die Relativität der Wahrheit jede Gesellschaft zerstört und manipulierbar macht.

Zum Beispiel kann jemand lügen, der

- etwas sagt, was nicht seiner tatsächlichen Meinung entspricht,
- zwar sagt, was er glaubt oder beabsichtigt, aber wichtige andere Zwecke verschweigt,
- sagt, was den Tatsachen entspricht, dieses aber nicht in den notwendigen Zusammenhang stellt,
- ein Ausnahmeereignis schildert und den Eindruck erweckt, es handle sich um einen Regelfall,

«WIR SIND DIE INFORMIERTESTE UND GLEICHZEITIG AHNUNGSLOSESTE GESELLSCHAFT, DIE JE EXISTIERT HAT.»

Peter Turrini, Dramatiker

Das Buch

«Die belogene Generation. Politisch manipuliert statt zukunftsfähig informiert»

Roland Baader
Resch Verlag
ISBN 3-930039-67-2
CHF 18



- etwas Zutreffendes sagt, dafür aber absichtlich Begriffe verwendet, welche die Zuhörer anders auslegen,
- Tatsachen im Kontext mit einer anderen Tatsache erwähnt, obwohl nur ein scheinbarer Zusammenhang besteht.

Wohlstand macht träge

Auch das Schweigen dient demselben Zweck. Es ist ein wirksames Mittel der Desinformation und der Irreleitung. Die amerikanische Professorin für Recht und Ethik, Marianne Jennings, schreibt: «Die junge Generation hat niemals in einer Zeit der Wahrheit gelebt, weil wir geschwiegen haben. Den Lügen sind wir nicht entschlossen entgegengetreten.»

Die Political correctness – eine Seuche der letzten zwei Jahrzehnte – steht für die Meinung, wie sie die Mehrheit oder die herrschenden Kräfte wünschen. Wenn abweichende Meinungen nicht mehr Raum bekommen, würden mögliche Lügen zugelassen, hält Jean-François Revel in «Die Herrschaft der Lüge» fest.

Die Wohlstandsgesellschaft ist träge geworden. Sie stellt das Geschehen kaum in Frage. Was hilft uns, die Wahrheit zu erkennen? Sich Wissen aneignen, Aussagen von Politik und Medien hinterfragen und anhand von weiteren Quellen prüfen! Das Buch von R. Baader weckt Verständnis für ein hochaktuelles Thema und gibt Anleitung zu zukunftsfähigem Verhalten. •

... auch das noch!

Werbung für Abtreibungen soll erlaubt werden. Die Forderung der «Evangelischen Frauen in Deutschland» (EFiD) erfolgte am 19. Februar, drei Tage vor der ersten Lesung zur Abschaffung des Paragraphen 219a im Bundestag.

Thomas Feuz, Chefredaktor

Abtreibungen sind gesellschaftlich toleriert, Werbung dafür ist tabu: so der Status. Weil Paragraf 219a Werbung für Abtreibung verbietet, wurde kürzlich eine deutsche Ärztin zu einer Geldstrafe von 6000 Euro verurteilt; zwei weitere Ärztinnen bewarben den Schwangerschaftsabbruch und wurden angezeigt.

Der Paragraf 219a verhindert gemäss EFiD («die Stimme evangelischer Frauen in Kirche und Gesellschaft», 39 Mitgliedsorganisationen, rund drei Mio. Mitglieder), «dass Frauen in Notlagen sich eigenständig und unabhängig von Beratungsstellen informieren lassen könnten.» Das dürfte so nicht zutreffen, denn Information ist vielerorts erhältlich und der Eingriff oft nur zu schnell erfolgt. Verboten ist indes Werbung für Abtreibungen «aus wirtschaftlichem Eigeninteresse» oder «in grob anstössiger Weise».

Der erwähnte Paragraf stammt aus dem Jahr 1933, aus der Nazizeit also. Es sei «erschreckend und skandalös», dass noch im Jahr 2018 ein Gesetz Bestand habe, «das als eines der ersten Gesetzesvorhaben der Nationalsozialisten in Kraft trat», kritisieren die EFiD. Das schränke das Selbstbestimmungsrecht und auch das Recht auf freie Arztwahl ein und sei mit Blick auf das freiheitlich-demokratische Grundgesetz verfassungswidrig.

Sollte der Bundestag Paragraf 219a streichen, stünde cleverem Marketing für Schwangerschaftsabbrüche Tür und Tor offen. Dabei dürfte es sich um eine erfolgreiche Nische handeln: Abtreibungen «diskret, schnell, günstig» oder «best in town», verbunden mit einem Wellnessangebot oder einem Abschiedsritual zur POS-Prävention... Verlierer wäre einmal mehr das ungeborene Leben.

Der Paragraf 219a hat seine Berechtigung, trotz seinem höchst fragwürdigen Urheber. Der Paragraf 219a hat Potenzial, Leben zu schützen – weil er ironischerweise Werbung für dessen Vernichtung verbietet. •



Mein Standpunkt



Adrian Rechsteiner
Vizepräsident EDU Appenzellerland,
Maschinenbaustudent; ab 7. April verheiratet

«Die «Salzschachtel» verlassen»

Lisa Leisi stellt in der Ausgabe 2/18 (Bericht über die Explo, Seite 16) die Frage, was die Aufgabe der Christen in der Politik ist.

Die Schweiz ist eine Willensnation. Sie baut darauf, dass die Menschen bereit sind, sich für Staat und Gesellschaft zu engagieren, wie es in Art. 6 der Bundesverfassung steht: «Jede Person nimmt Verantwortung für sich selber wahr und trägt nach ihren Kräften zur Bewältigung der Aufgaben in Staat und Gesellschaft bei.»

Ein weiteres Prinzip unseres Rechtsstaats sind die mündigen und kritischen Bürger. Es ist unsere Aufgabe, den Staat kritisch-konstruktiv zu begleiten, und meiner Meinung nach auch schmal zu halten. Ich sehe den Auftrag von Christen darin, wie Jesus gesagt hat, Salz und Licht zu sein. Ein Salzkorn wird in ein fremdes Medium beigefügt, um ihm seine Geschmacksnote zu geben. Es ist wichtig, dass wir uns in und für die Gesellschaft engagieren, nicht nur als Mitglied einer Partei, sondern auch praktisch in verschiedenen Vereinen und Kommissionen, für das Wohl von Land und Leuten.

Als Christ kann man sich in der Kirche noch so viel auf seine «Salzigkeit» einbilden; so lange man in der Salzschachtel ist, nützt man rein gar nichts. Was ich mir wünsche ist, dass bekennende Christen der Welt und der Gesellschaft gegenüber offen und wohlwollend sind, dass wir aus unserer frommen Blase «Wir sind die einzig Rechtgläubigen und in der Welt ist sowieso alles verloren», wo wir alles und jeden kritisieren, der unsere Wahrnehmung der biblischen Wahrheit nicht teilt, ausbrechen.

Jakobus schreibt: «Glaube ohne Werke ist tot.» Wir sollen deshalb unserem Glauben Ausdruck verleihen, indem wir uns ganz praktisch für die Menschen und die Gesellschaft engagieren, z.B. in der freiwilligen Feuerwehr – auch wenn das nicht so «geistlich» scheint. •



Unterwegs für die Menschen und Vorstösse wie «Schweizer Botschaft nach Jerusalem!»: Niklaus Meier

Warum alle Menschen die Wahrheit erkennen sollen

Immer mehr Konfessionslose, wachsende Staatsverdrossenheit, ein zunehmend politisch agierender Islam: Die Gesellschaft sieht sich zahlreichen Herausforderungen gegenüber. Dass diese als Chance begriffen werden, dafür plädiert Niklaus Meier, langjähriger Geschäftsführer der AEM.

Thomas Feuz

Niklaus Meier, welche Schlagzeile hat Sie heute am meisten betroffen gemacht?

Aargauer Zeitung vom 16.2.: «Eine Tibeterin stellt einen Asylantrag – ohne Erfolg. Sie muss gehen. Jahrelang lebt sie im Aargau von Nothilfe. Dann reist sie nach Frankreich und wird dort als Flüchtling anerkannt.»

Oder, gleiche Quelle, gleicher Tag: «Kosovo feiert am Samstag den 10. Jahrestag seiner Unabhängigkeit. Wir haben deshalb Premierminister Ramush Haradinaj getroffen. Im exklusiven Video gratuliert er den Kosovaren in der Schweiz und dankt unserem Land für die wichtige Hilfe während des Krieges und danach.»

Beide Schlagzeilen sehe ich in Verbindung mit der humanitären Tradition der Schweiz. Und manchmal gibt es überraschende Resultate. In der Migrationspolitik geht es immer wieder um individuelle Schicksale und Fügungen.

Sie haben aus beruflicher wie auch aus persönlicher Sicht eine weltweite Optik.

Ich bin in der Schweiz geboren und verbrachte längere Zeit in England, zwei Jahre in Israel, zwei Jahre mit OM Ships (Logos II) in Westafrika und Südamerika, drei Jahre in den Niederlanden, elf Jahre in Zentralasien und nunmehr wieder neun Jahre in der Schweiz. Für Indien, China und Korea habe ich offene Einladungen, aber aktuell kein konkretes Interesse.

...all diese Erlebnisse flossen in Ihr Engagement als Geschäftsführer der AEM (Arbeitsgemeinschaft Evangelischer Missionen) ein. Was gehörte während der letzten sieben Jahre zu Ihren Hauptaufgaben?

Ein Verband arbeitet im Interesse seiner Mitglieder. Er fördert das Miteinander, baut Brücken, vernetzt, zeigt Synergien auf und organisiert gemeinsame Auftritte und Produkte. Das

Motto der AEM ist «miteinander für die Welt». Wir haben einiges erreicht in «Membercare»-Personalbetreuung, in (Krisen)-Kommunikation, Bildung, internationalen Vernetzungen, missionstheologischen Themen und aktuellen Fragestellungen der «Flüchtlingskrise».

Gab es herausragende Momente oder Begegnungen?

Nur ein Beispiel: Meine Bekanntschaft mit Abdwahite aus Afghanistan im Deutschkurs hat mich geprägt. Er meinte: «Endlich bin ich in einem Land, das Frieden hat und dessen Einwohner gut und gottesfürchtig sind. Hier muss ich nicht mehr täglich Morddrohungen aufgrund meiner Herkunft hören». Er wurde (leider) im Dublinverfahren nach Kroatien ausgeflogen. Dank AEM konnte ich ihm eine Adresse mitgeben, wo er gottesfürchtige Menschen antreffen könnte.

In Ihrer Zeit in Kasachstan (die östlichste der früheren Sowjetrepubliken, Anm. d. Red.) erlebten Sie die Geburt einer neuen Hauptstadt mit.

Unvorstellbar: Akmola (übersetzt «Weisses Grab») im Herzen des Landes sollte zur neuen Hauptstadt werden. Ich hatte da meine persönlichen Vorbehalte; wer wollte schon dahin ziehen, mit winterlichen Temperaturen von -40 Grad! Die Umbenennung in «Astana» («Hauptstadt»), eine konsequente Regierungspolitik und die Möglichkeit, in der weiten Steppe neu zu bauen, trugen sicher zum Erfolgsprojekt bei. Damit stand auch die Schweiz vor der Erwartung, ihre Botschaft vom grünen Alma-Ata in die neue Hauptstadt Astana in der kasachischen Steppe zu verlegen...

Ein Mitarbeiter des Generalkonsulats meinte mir gegenüber, dass die Schweiz wohl als aller-



letztes Land den Umzug vollziehen würde. Mir war das recht, denn Alma-Ata war «nur» 700 km von unserem Wohnort entfernt. Die Schweizer Vertretung eröffnete dann im guten Mittelfeld aller geplanten Umzüge eine reguläre Botschaft in Astana. Das Nachbarland Usbekistan bildet aktuell das Schlusslicht.

Wie stehen Sie persönlich der Forderung gegenüber, dass die Schweiz ihre Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem verlegen soll?

Mehr als eine gute Idee! Wer zuerst umzieht, hat die grössere Auswahl an möglichen Standorten. (lacht) Ich denke jedoch, die Schweizer Vertretung wird erst umziehen, wenn eine beachtliche

«DIE BOTSCHAFT VERLEGEN? WER ZUERST UMZIEHT, HAT DIE GRÖSSERE AUSWAHL.»

Anzahl anderer Länder mit gutem Beispiel vorgegangen sind. Die offizielle Schweiz wird aus unzähligen Gründen kein proaktives Zeichen setzen wollen. Ein Konsulat in Jerusalem zu eröffnen wäre aber ein typisch schweizerischer Kompromiss. Mich würde jedoch auch interessieren, was die Schweizer Juden zum Thema meinen.

Vielen Menschen im Westen sind Wesen und Ansichten des Islam zu wenig bekannt. Sie kennen Menschen und Religion ...

Für Muslime bedeutet Religionszugehörigkeit auch Staatszugehörigkeit. Die rein religiöse Definition «Moslem» als für alle Menschen aus islamisch geprägten oder regierten Ländern ist irreführend.

Zur Person

Niklaus Meier, 1966, verheiratet mit Beatrix, 2 erwachsene und 2 schulpflichtige Kinder; seit 1. Februar Leiter von MEOS (erlernter Beruf: Bäcker-Konditor); wohnhaft in Auw AG

«FÜR MUSLIME BEDEUTET RELIGIONSZUGEHÖRIGKEIT AUCH STAATZUGEHÖRIGKEIT. DIE REIN RELIGIÖSE DEFINITION «MOSLEM» IST IRREFÜHREND.»

Die Radikalisierung im Islam ist meiner Meinung nach auch eine Reaktion aufs minderwertig-behandelt-Werden seitens des Westens. Die meisten Menschen in der islamischen Welt wünschen sich Frieden, Familie, Gottesnähe, Haus, Auto, gute Freunde, genügend Geld, ein Handy ...

Welches sind die wesentlichen Unterschiede der beiden grossen Glaubensrichtungen im Islam?

Die rechtmässige Nachfolge Mohammeds: das ist die grosse Frage. Schiiten (10 Prozent) setzen auf ein Imam-System. Auf den verborgenen 12. Imam Mahdi warten sie noch immer. Vielfältige Leiden und die verlorene Schlacht in Kerbala (680) sind Dauerthemen. Sunniten (90 Prozent) vertreten den reinen (wahhabitischen) koranischen Islam. In der Praxis gibt es aber in allen Richtungen Synkretismus und einen vom Traditions- und Ahnenglauben geprägten Islam.

Sie sagten einmal, Schiiten seien wegen ihrer Jesus-Erwartung gegenüber dem Evangelium recht offen.

Das erlebe ich im Gespräch mit Menschen dieser Glaubensgemeinschaft. Schiiten freuen sich, Menschen anzutreffen, die eine Messiaserwartung haben und damit rechnen, dass Gott noch aktiv ins Weltgeschehen eingreift. In der Detailfrage der Rolle des wiederkommenden Jesus gibt es aber keinen Konsens.

Alle Menschen sollen die freimachende Botschaft von Jesus Christus hören: Das ist auch die Überzeugung Ihres neuen Arbeitgebers. Welche Ziele haben Sie sich als neuer Leiter von MEOS gesteckt?

Gutes weiterentwickeln ist meine Spezialität. Eine Organisation muss sich dem steten Wandel der Bedürfnisse und der Gesellschaft stellen. MEOS wurde mit Fokus auf die italienischen Gastarbeiter gegründet. Aktuell setzt MEOS vermehrt auf Asyl- und Migrationsthemen. Was in einem Jahr dran ist, weiss ich noch nicht. Ich hoffe aber, die Zeichen der Zeit zu erkennen und mit dem Vereinsvorstand und dem MEOS-Leitungsteam entsprechende Schwerpunkte zu setzen.

Zeitfragen fordern heraus, aber fördern auch Kompetenzen. Welche Dienstleistungen bietet MEOS engagierten Christen an?

Die interkulturellen Mitarbeiter haben einen grossen Erfahrungsschatz zur Begleitung von Migrant*innen, freiwilligen Helfern, Organisationen und Kirchen. Schulungstage zu Islamthemen, Interkultureller Arbeit und Integrationsbegleitung sind gut besuchte Angebote. MEOS bietet Literatur und Kalender in über 100 Sprachen.

Ein grosses Anliegen ist Ihnen dabei die Vernetzung der verschiedensten «Player» im werteorientierten Spektrum.

Gute Ideen und grosse Pläne brauchen Vernetzung. Es macht wenig Sinn, in einem Dorf zwei Nähkurse anzubieten, wenn doch ein gemeinsames Projekt viel mehr Potenzial haben würde. Wir wollen Menschen mit grossen und kleinen Visionen vernetzen, sodass sie das Rad nicht neu erfinden müssen. Im gemeinsamen Arbeiten kann jeder seine Stärken einbringen und so zu einem tragfähigen Fundament beisteuern, dessen Projektarbeit zum Blühen kommt.

Haben Sie ein Lebensmotto, einen Lieblingsbibelvers?

Mein Lieblingsvers ist 1. Timotheus 2,4 («... alle Menschen sollen die Wahrheit erkennen und gerettet werden») und mein Taufvers gleichzeitig mein Lebensmotto, 2. Timotheus 1,7: «Gott hat uns nicht einen Geist der Furcht gegeben, sondern der Kraft, der Liebe und Besonnenheit».

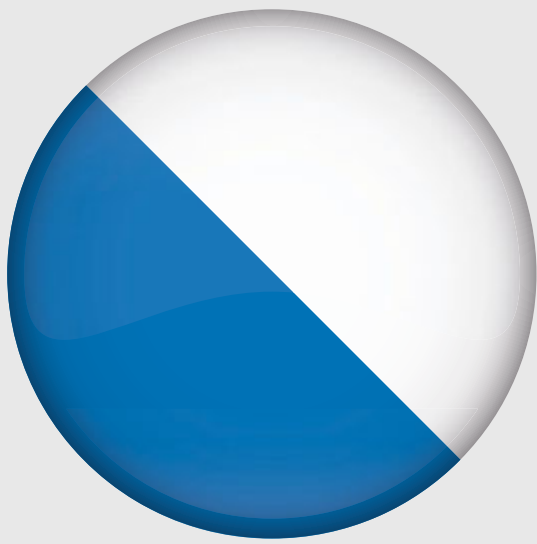
Besten Dank für dieses Gespräch!

Das ist MEOS

MEOS ist ein nicht-kommerzieller Verein und hat sich seit den 1960er-Jahren zu einem Kompetenzzentrum für Immigration entwickelt. Die Organisation arbeitet im Asylwesen, in Gefängnissen und unter jugendlichen Secondos. Mit Deutschkursen, Lebensberatung und Hilfsgütern erhalten Ausländer Unterstützung.

www.meos.ch

www.medien.meos.ch



KANTON ZÜRICH

EDU+UDF Eidgenössisch
Demokratische Union

für unsere Kinder

Ja
Lehrplan
vors Volk



www.edu-zh.ch

DEMOKRATISCHE MITBESTIMMUNG IN DER VOLKS-
SCHULE FÜHRT ZU MEHR LEGITIMATION DER BIL-
DUNG. DAS IST KEINE OPTION, SONDERN EINE
NOTWENDIGKEIT. MEHR DEMOKRATIE IN DER VOLKS-
BILDUNG KOMMT ALLEN ZUGUTE.

Zürich, Winterthur, Dietikon wählt jede Stimme zählt!

Wahlen
4.3.



EDU+UDF
Eidgenössisch-Demokratische Union

9

Joel Maag | Thomas Ucar | Emanuel Maag
EDU für die Stadt Zürich



Wahlempfehlung Stadtrat Dietikon

Hans Peter Häring
Präsident EDU Bezirk Dietikon

Wir haben den 12 Kandidaten für den Stadtrat die folgenden für unsere Partei relevanten Fragen gestellt:

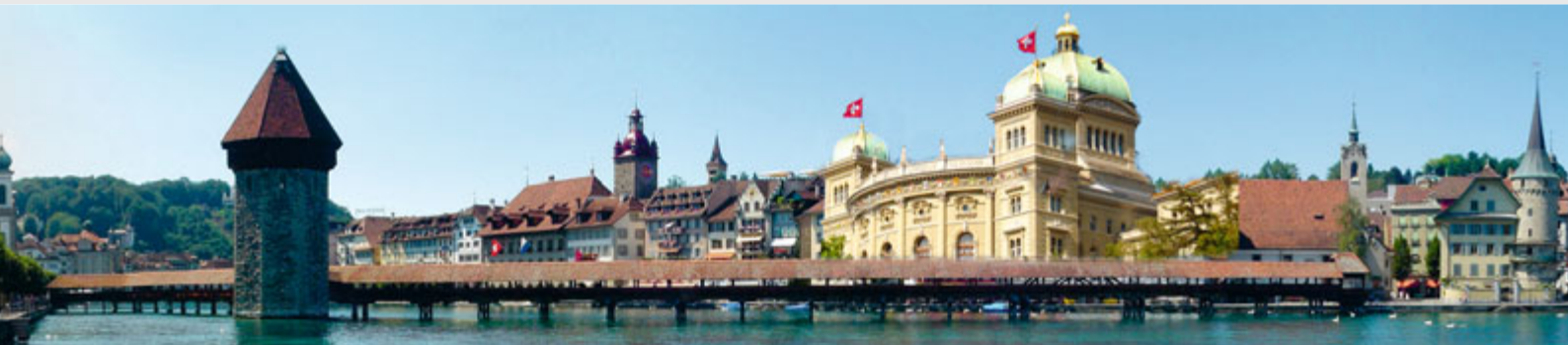
Unterstützen Sie die Forderung der Genderbewegung, dass jeder Mensch für sich selber entscheiden kann, ob er als Mann oder Frau leben will? Soll die Gender-Ideologie an den öffentlichen Schulen gelehrt werden? Sollen die Schüler an Weihnachten weiterhin Weihnachtslieder singen und Krippenspiele aufführen dürfen? Sollen Schulkinder erklären können, warum wir Weih-

nachten und Ostern feiern? Soll der Sozialhilfegrundsatz «Arbeit muss sich lohnen» weiterhin gelten? Soll der LP 21 vors Volk, wie dies die Initiative «Lehrplan vors Volk» verlangt? Von den 12 Befragten haben zehn geantwortet. Alle haben sich dagegen ausgesprochen, dass Gender in den Schulen gelehrt wird. Sieben davon haben die Fragen in unserem Sinn beantwortet, so dass wir den Dietiker Wahlberechtigten die folgenden Personen als Stadträte empfehlen:

Roger Bachmann, Roger Brunner, Stephan Wittwer, Heinz Illi, Philipp Müller, Martin Romer.
Als Stadtpräsident empfehlen wir Heinz Illi.



Luzern oder Aarau als Hauptstadt der Schweiz?



Ich nehme an, die Schweizer haben damals, als 1802 die Helvetik aufgelöst wurde, vergessen, die Weltgemeinschaft zu fragen, ob Bern ihre Hauptstadt werden dürfe. Kennt jemand überhaupt einen Staat, der das getan hat?



Eric Bauert

Präsident EDU Bezirk Affoltern

Am 30. Juli 1980 erklärte Israels Parlament Jerusalem zu seiner Hauptstadt. Nur gerade 20 Tage später beschloss der UN-Sicherheitsrat, dass dieser Entscheid Israels nichtig sei und empfahl allen Staaten, ihre Botschaften aus Jerusalem abzuziehen. Daraufhin wurden sämtliche Botschaften nach Tel Aviv verlegt.

Bizarre Situation

Wir sind Zeugen der bizarren Situation, dass der Staat Israel die Weltgemeinschaft fragen muss, ob er diejenige Stadt, die schon vor 3000 Jahren seine Hauptstadt war, wieder als seine Hauptstadt haben darf. Und wenn jemand auf die Idee kommt, Jerusalem als Israels Hauptstadt anzuerkennen, wie das Präsident Donald Trump am 6. Dezember getan hat, wird er von unseren Medien ausgepiffen und als Unfriedensstifter beschimpft.

Schweiz opportun statt neutral

Wenige Tage vor Weihnachten verurteilte die Vollversammlung der UNO US-Präsident Trumps Jerusalem-Erklärung mit 128 Stimmen. 35 Staaten enthielten sich der Stimme und acht waren dagegen. Wenn Sie nun glauben, die neutrale Schweiz sei bei den Enthaltungen dabei, täuschen Sie sich. Sie stimmte zu und damit eben nicht einfach gegen Trump sondern auch gegen Israel. Und das ist es, was mich ärgert: Nicht nur, dass die Schweiz überhaupt zur UNO gehört, sondern, dass sie all die Fehlentscheide mitträgt und

sich im aktuellen Fall gegen den einzigen demokratisch regierten Staat des Nahen Ostens stellt, nur weil es opportun ist, die arabischen Staaten nicht zu verärgern. Die Schweiz ist bei der UNO überflüssig, wenn sie dort nicht ihre ureigensten Werte wie Freiheit, Selbstbestimmung oder Neutralität hochhält. Unser Bundesrat stellt sich wie die meisten westlichen Regierungen blind, taub und stumm. Er will nicht sehen, dass es entweder nie einen Palästinenserstaat neben Israel geben wird oder, dass das niemals eine Friedenslösung sein wird: Denn die sogenannten Palästinenser und alle islamischen Staaten wollen nicht nur das Westjordanland, sondern sie wollen kein Israel mehr, keine Juden und auch keine Christen mehr.

Unglaubliche UNO und wahrer Friede

Einige Länder, die an der Abstimmung teilgenommen haben, treten die Menschenrechte mit Füßen, bombardieren die eigene Bevölkerung, verfolgen und ermorden ihre Bürger um ihres Glaubens willen. Und die UNO hat nichts Wichtigeres zu tun als einen Beschluss des US-Kongresses aus dem Jahre 1995 zu kritisieren, welcher verlangt, dass die Botschaft der USA nach Jerusalem verlegt wird. Präsident Trump setzt um, was das amerikanische Parlament vor über 20 Jahren beschlossen und er seinen Wählern versprochen hat. Wahren Frieden in Nahost kann es geben, wenn beide Seiten im Konfliktgebiet sich dem Friedensfürsten Jesus Christus unterstellen. Messianische Juden und arabische Christen erleben diesen Frieden bereits persönlich. Politischer Friede wird die Folge von veränderten Herzen sein. •



Für Sie im Einsatz: Michael Welz, Peter Häni, Maria Rita Marty, Erich Vontobel, Hans Egli

«Alles Ding währt seine Zeit»



Erich Vontobel
Fraktionspräsident, EDU-Kantonsrat, Bubikon

«Alles Ding währt seine Zeit», heisst es in einem bekannten Lied von Paul Gerhardt. Auch die Zusammensetzung unserer Fraktion im Zürcher Kantonsrat währt ihre Zeit. Michael Welz gehörte bis Ende Februar der EDU-Fraktion an. Am 26. war er das letzte Mal mit uns in einer Rats-sitzung an der Limmat. Ich bedaure das sehr, denn Michael ist ein begnadeter Politiker und ein liebenswerter Freund. Er hat uns immer wieder durch seine gelebte Gottesfurcht und sein grosses Engagement beeindruckt.

Danke Michael, für alles, was Du uns gegeben und vorgelebt hast. Wir werden Dich in unserer Fraktion vermissen. Dein weiterer Lebensweg wird nun weniger von Politik, als von anstehen-den Aufgaben auf Deinem Hof geprägt sein. Etwas, das aber bleibt, ist unsere geistliche Verwandtschaft, unser gemeinsamer Glaube an Jesus Christus und, wie es im eingangs erwähn-ten Lied heisst: «Gottes Lieb' in Ewigkeit!» Dieser Gott segne Dich, lieber Michael.

Veranstaltung

Vorträge von Dr. rer. nat. Markus Blietz*

«Droht uns ein Klima Kollaps?»

2. März 20 Uhr Rest. Rössli Illnau
Kempttalstrasse 52, 8308 Illnau

3. März 19 Uhr Gasthaus Löwen
Dorfstr. 22 8630 Rüti

«Die letzte Diktatur?»

4. März 19 Uhr Hotel Swiss Star
Grubenstr. 5 8620 Wetzikon



* Nach dem Physikstudium an der Tech. Universität München promovierte er am Max-Planck-Institut für extraterrestrische Physik in Garching bei München und arbeitet heute in der Industrie als Patentmanager.

Eintritt frei - freiwilliger Unkostenbeitrag
Veranstaltungen der EDU Bezirk Hinwil
Kontaktperson V. Tschritter 055 241 10 00



Das grosse Feilschen ums Wasser



Wüeribach im Wüerital. Er entspringt in der Gemeinde Bonstetten, Bezirk Affoltern

Der Kantonsrat debattierte über das neue Wassergesetz. Die umstrittensten Themen sind die Forderungen nach Revitalisierung der Fliessgewässer und Gewässerraumausscheidung. Hier kommen aufgrund der neuen Bundesbestimmungen grundlegende Einschränkungen auf die privaten Grundeigentümer zu. Die EDU setzte sich massgeblich dafür ein, dass diese Einschränkungen eigentümerversäglich umgesetzt werden.



Michael Welz

Landwirt und EDU-Kantonsrat, Oberembrach

Das neue Wassergesetz beinhaltet die Regelung für Trinkwasserversorgungen, Abwasseranlagen, Gewässer, Wasserkraftnutzung bis hin zu den Gewässerräumen und Renaturierungen. Unsere Grossväter haben die Gewässer korrigiert, so dass mehr landwirtschaftliches Kulturland zur Ernährung der Bevölkerung zur Verfügung stand. Insbesondere im zweiten Weltkrieg war dies entscheidend, damit das Schweizervolk nicht hungerte. Heute will man trotz einem Selbstversorgungsgrad von unter 50 Prozent diese Korrekturen rückgängig machen und grosszügige Gewässerschlaufen anlegen. Alleine für die Renaturierung der Glatt im kurzen Teilstück zwischen Glattbrugg und Rümlang sollen 40 Hektaren bestes Kulturland geopfert werden. Das ist für die EDU nicht akzeptabel! Wir haben deshalb Anträge gestellt, dass Eingriffe ins landwirtschaftliche Kulturland auf das absolute Minimum reduziert werden müssen.

Bürgerliche Mehrheit verhindert grünes «Extrazügli»

Erfreulich ist, dass Bauernvertreter, Hauseigentümer und Gewerbevertreter geschlossen zusammen standen und in den Abstimmungen mit Verbesserungsanträgen immer wieder eine Mehrheit erreichten. Geeint standen wir ein, dass neue Eingriffe des Staates ins private Grundeigentum wie Gewässerraumausscheidungen und Revitalisierungen so gering wie

möglich ausfallen werden. Wir wollen, dass der Kanton Zürich kein übereifriges, grün-ideologisches «Extrazügli» fährt. Er soll wie unsere Nachbarkantone St. Gallen und Schwyz die Bundesvorgaben pragmatisch umsetzen.

Pragmatisch auf hohem Niveau

Verbesserungen zum geltenden Recht sind, dass künftig nicht mit jeder Baubewilligung die Pflicht zur Überprüfung der Abwasserleitungen auferlegt werden kann. Ebenso ist neu bei privaten Klein-Wasserversorgungen nicht mehr der technische Zustand der Anlage massgebend, sondern allein die Wasserqualität. Zudem beinhaltet das Gesetz die Grundlagen, dass im Kanton Zürich weiterhin eine ausreichende Trinkwasserversorgung mit höchster Wasserqualität sichergestellt ist. Ebenso wird auch der Bevölkerungs- und Umweltschutz für die kommenden Generationen auf hohem Niveau gewährleistet.

Wasserkraft fördern

Die EDU brachte den wichtigen Antrag zur Rentabilität der Wasserkraftwerke ein. Bei der gegenwärtig defizitären Stromproduktion zahlt beispielsweise das Kraftwerk Eglisau 2,7 Mio. Franken Wasserzins pro Jahr. Das darf so nicht weiter gehen, ansonsten droht der Verkauf unserer Ur-Errungenschaft. Künftig muss der Kanton Zürich bei der Festlegung der Wasserzinsen die Wirtschaftlichkeit der Wasserkraftnutzung zur Stromproduktion berücksichtigen. •

Auf den Hund gekommen



Im Kantonsrat wurde kürzlich intensiv und teils heftig über das Hundegesetz diskutiert. Die obligatorischen Hundekurse wurden dabei gegen den Willen der EDU ersatzlos gestrichen.



Peter Häni
EDU-Kantonrat, Bauma

Im Dezember 2005 wurde ein 6-jähriger Knabe von Pitbull-Terriern angefallen und tödlich verletzt. Bereits vier Tage nach diesem sehr tragischen Ereignis wurde die EDU aktiv. Unser ehemaliger Ratskollege Stefan Dollenmeier aus Rüti reichte eine Motion ein. Er forderte ein Leinenobligatorium und eine Maulkorbpflicht für Kampfhunde. Diese und weitere Massnahmen wie Hundekurse wurden in der Folge gesetzlich verankert. So mussten Hundehalter obligatorische Theorie- und Praxiskurse absolvieren. Ab 2010 forderte der Kanton Zürich sogar eine praktische Hundeausbildung. Diese bestand aus einem Welpenkurs von vier Lektionen und einem Junghundekurs von zehn Lektionen.

Veranstaltung

ZUKUNFT/CH

MIT WERTEN WERT SCHAFFEN



Gehört der Islam zur Schweiz?

Mögliche Konsequenzen einer öffentlich-rechtlichen Anerkennung

Vortrag mit:
Laila Mirzo, Trainerin für interkulturelle Kompetenz, Österreich
M. Hikmat, Islamwissenschaftler und Theologe, Schweiz

Montag, 19. März, 19.30 Uhr
Stiftung zum Glockenhaus, Sihlstrasse 33, Zürich
Eintritt frei, Kollekte.

Infos unter: www.zukunft-ch.ch, www.edu-zh.ch

EDU für angepasste Hundekurse

Nach gut sieben Jahren forderten nun SVP und FDP eine Aufhebung dieser obligatorischen Hundekurse mit der Begründung, sie hätten keine objektiv nachweisbare Wirkung erbracht. In der Debatte habe ich darauf hingewiesen, dass die EDU nicht grundsätzlich gegen eine Lockerung der vorhandenen Praxis ist. Für die EDU ist aber wichtig, dass mit einer Änderung des Hundegesetzes die Sicherheit weiterhin erhalten bleibt. Denn es kann leider nicht davon ausgegangen werden, dass jeder Hundehalter seine Verantwortung wahrnimmt und seinen «Fifi» im Griff hat.

Fachkreise für Hundekurse

Auch anhand von Fakten müssen aus Sicht der EDU die Hundekurse beibehalten werden. Aufgrund von diversen Verboten hat die Anzahl gefährlicher Hunde zwar abgenommen, trotzdem haben die Beissvorfälle im 2015 ein neues Hoch erreicht. Von Fachkreisen wie der «Gesellschaft der Zürcher Tierärzte», dem «Zürcher Hundeverband» oder der «Stiftung für das Tier im Recht» wurde von einer kompletten Abschaffung der Hundeausbildung abgeraten.

Abschaffung setzt sich durch

In der vorberatenden Kommission des Kantonsrates war die Mehrheit inklusive der EDU für eine Lockerung dieser Kurse, aber eindeutig gegen eine Abschaffung. Somit war klar, dass die Hundekurse beibehalten würden. Doch wie es in der Politik manchmal vorkommt, werden Händel eingegangen; so auch vor dieser Abstimmung. SVP und FDP konnten eine Woche vor der Abstimmung die CVP für sich gewinnen und trugen nach der Debatte einen knappen Sieg davon. Die Hundekurse wurden ersatzlos aus dem Gesetz gestrichen. Für mich ist nicht nachvollziehbar, dass nach nur sieben Jahren ein Gesetz so einschneidend geändert wird. Um entscheiden zu können, ob sich ein solches Gesetz bewährt, müsste man im Minimum eine Analyse über zehn Jahre machen können. Ich hoffe, dass es nicht einen tödlichen Vorfall braucht, um ein Umdenken zu veranlassen. •



Rückhalt durch Gebet



Michael Welz

EDU-Kantonsrat, Oberembrach

Unzählige Personen haben mich in den vergangenen über zehn Jahren in meinem Amt als EDU-Kantonsrat ermutigt und unterstützt. Viele Beter sind treu in der Fürbitte hinter mir gestanden. Das gab mir immer wieder Kraft und Freude für die politische Arbeit. Gerade als jemand, der sich ohne höhere Schulbildung auf dem politischen Parkett bewegt, habe ich dadurch Gottes Hilfe spürbar erfahren. Dieser Rückhalt war für mich ein riesiger Aufsteller und bleibt mir in bester Erinnerung. Ihnen allen danke ich ganz herzlich dafür. •

GOOD NEWS

Take a Stand

Saya Oechslin

Kloten



Seit Januar 2018 läuft im ICF Zürich eine Predigtserie über den Propheten Daniel mit dem Titel «Take a Stand» (Beziehe Stellung). In seiner Predigt vom 21. Januar tat Seniorpastor Leo Bigger dies klar und mutig.

Unter anderem zitierte er aus einer Barna-Studie (USA), die unter gläubigen Christen durchgeführt wurde. Die Hauptfrage lautete: «Auf welcher Basis triffst du moralische Entscheidungen?» 31 Prozent der Antworten lauteten: «Aufgrund dessen, was sich gut und richtig anfühlt.» Lediglich 16 Prozent nannten die Bibel als Fundament.

Das ergab für Leo Bigger einen Steilpass zur Gender-Ideologie, die sich genau darauf gründet. «Meine Gefühle, das was für mich stimmt, ist richtig. Wenn ich mich als Mann als eine Frau fühle, dann bin ich eine Frau und kein Mann. Es ist halt so, Penis hin oder her. Meine Gefühle geben mir Recht. Und weil einige Frauen und Männer der Gesellschaft dies so fühlen, müsst ihr alle dies akzeptieren und anders werden.»

Bigger verwies auf eine Schlagzeile des deutschen Magazins «Spiegel»: «Gender-Mainstreaming bedeutet die Umerziehung einer ganzen Nation».



Leo Bigger hielt dagegen:

«LASST UNS ALS KIRCHE AUFSTEHEN, POSITION BEZIEHEN UND UNS GEGEN DIE GENDER-AGENDA WEHREN! FÜR UNS MUSS GOTTES WORT DER GRADMESSER, DER KOMPASS, DAS FUNDAMENT SEIN. WIE FÜR HUNDERTE VON GENERATIONEN VOR UNS.»

Danke Leo. Du hast eindeutig Stellung bezogen. •

Freitag 16. März, 20 Uhr Parteitag mit Vortrag

CEVI-Zentrum, Glockenhof, Sihlstrasse 33, Zürich

Der Theologe, Redaktor und Verleger David Gysel beantwortet Fragen wie:
Wie beeinflussen Medien unser persönliches Denken und Handeln?
Was können wir als Christen und als EDU von welchen Medien erwarten?
Wie können wir Medien beeinflussen?



Znüni-Einladung

Treffen Sie die EDU Kantonsräte montags ab 9:50 bis 10:20 Uhr im «Zunft- haus zur Haue». Anschliessend besteht die Möglichkeit, Einblick in den Ratsbetrieb zu erhalten. Wir freuen uns auf Ihren Besuch.
Kontaktieren Sie den EDU-Fraktionspräsidenten Erich Vontobel: 079 459 90 61 evontobel@bluewin.ch



Daniel Vontobel, Andreas Strunk und Fabian Winger zu Besuch in der EDU-Fraktion

Agenda

Gebetstreffen

Effretikon: Mittwoch, 7. März 2018 um 20 Uhr, FEG Effretikon, Vogelsangstr. 9 8307 Effretikon
Info: Peter Häni, 079 388 46 01 peanha@bluewin.ch

Gossau: jeden Mittwoch, 19.30 Uhr (auch andere Abende möglich, ausser Montag) Im Zentrum 12, 8625 Gossau
Info: Sven u. Erika Schelling, 043 928 01 57

Männedorf: jeweils am Mittwoch von 9–10 Uhr in den geraden Kalender- wochen: 7. und 21. März
Luegislandstr. 27, 8708 Männedorf
Info: Margrit Vetter, 044 920 45 43

Richterswil: jeweils am 2. Freitag des Monats um 20 Uhr: 9. März
Glärnischstr. 6, 8805 Richterswil
Info: Sonja Denzler, 044 784 30 23

Rüti: jeweils am 1. Montag des Monats um 20 Uhr: 5. März, 9. April
Begegnungszentrum Tann-Rüti (Jugend-Räume), Neuwiesenstr. 5, 8630 Rüti. Interessiert? Mail-Adresse an: sekretariat-rueti-duernten@edu-zh.ch
Info: Albin Müller, 078 773 61 63

Bülach: jeweils am 2. und 4. Montag des Monats um 20 Uhr: 12. und 26. März, Gemeinde für Christus (GfC), UG, Schaffhauserstr. 4, 8180 Bülach
Info: Marianne Wäfler, 044 856 01 93

Zürich: jeweils am 2. Mittwoch des Monats von 18.30–19 Uhr: 14. März
Raum der Stille, Cevi-Zentrum Glockenhof, Sihlstr. 33, Zürich
Info: Achim Witzig, 044 322 61 46

EDU+UDF
Eidgenössisch-Demokratische Union

Impressum

SEKRETARIAT EDU KANTON Zürich
Bürglistrasse 31, Postfach 248
8408 Winterthur
info@edu-zh.ch

SPENDENKONTO
IBAN CH35 0900 0000 8003 7173 6
Postkonto: 80-37173-6

KANTONALE REDAKTION
Daniel Suter, Saya Oechslin

GESTALTUNG
Lukas Frey

FOTOS:
S.3: Fotomontage: L. Frey
S.5: Hubi47 <https://commons.wikimedia.org>
S.6: home-dog-training-naef.ch

«DER HERR IST MEIN HIRTE.
NICHTS WIRD MIR MANGELN.» PSALM 23.1

Mit diesem Segensspruch von David gratuliert die EDU Kanton Zürich den Mitgliedern, die im März 2018 einen runden Geburtstag feiern:

Matthias Amstutz, Herschmettlen
Ernst Schmid, Kollbrunn
Elisabeth Frei, Rüti
Samuel Ritter, Lindau

HERZLICHEN GLÜCKWUNSCH

Durch die Geburt von **Leonie Elisa** sind Julia und Dennis Wegman aus Uster am 2. Februar zu glücklichen Eltern geworden.

HERZLICHEN DANK FÜR IHRE SPENDE

Allgemeine Spenden werden zwischen der EDU Schweiz und der EDU Kanton Zürich aufgeteilt. Projekte der EDU Zürich unterstützen Sie direkt über das Postkonto 80-37173-6. Ihre Spenden an die EDU sind vom steuerbaren Einkommen abzugsberechtigt; Ehepaare bis Fr. 20'000, alle anderen bis Fr. 10'000. Die Spendenbescheinigung für Ihre Steuererklärung erhalten Sie im Februar des Folgejahres. Haben Sie Fragen? Kontaktieren Sie den Kassier der EDU Kanton Zürich, Martin Lobsiger: 044 860 06 33; martin.lobsiger@edu-zh.ch.

E-Voting – Risiken ohne Gewinn

Die Einführung der digitalen respektive elektronischen Stimmabgabe (E-Voting) bei Volksabstimmungen und Wahlen scheint vielen Zeitgenossen unumgänglich. Die EDU Kanton St. Gallen nahm kürzlich das Thema unter die Lupe. Ihr Fazit: Zweckoptimismus, finanzielle Interessen und ungelöste technische Probleme.



David Gysel, Sekretär EDU Kanton St. Gallen

Die Schweizerische Post preist sich an: «Als die vertrauenswürdige Übermittlerin von über 20 Millionen Sendungen mit Stimmunterlagen und brieflichen Stimmabgaben pro Jahr ist die Post dazu prädestiniert, mit E-Voting auch bei der elektronischen Stimmabgabe für den sicheren und vertraulichen Transport von Stimmen zu sorgen.» So einfach scheint die Sache. So leicht ist aber auch der Trugschluss aufzudecken: Bei der digitalen Stimmabgabe stellen sich ganz andere technische und datenschützerische Fragen. Briefe gut zu transportieren heisst in keiner Weise, E-Voting-Probleme gelöst zu haben.

Zweckoptimismus

Verschiedenste Fachberichte, von politischer ebenso wie von technischer Seite, lassen immer wieder viel Zweckoptimismus erkennen. Die technischen Probleme bestünden zwar, und der politische Gewinn sei nicht feststellbar, wird eingeräumt – aber einführen sollte man E-Voting trotzdem. Die Auswertung einer mehrjährigen Zürcher Versuchsphase zeigte,

dass keine Erhöhung der Stimmbeteiligung zu verzeichnen war, sondern dass nur einzelne Stimmbürger die Art der Stimmabgabe wechselten. Die Akzeptanz des E-Votings stieg auch nicht im Laufe der Versuchsphase. Dasselbe zeigte ein Versuch in Norwegen. Trotz des Versuchsabbruchs in Norwegen findet sich der Zweckoptimismus in einem Bericht des Europäischen Parlaments vom Mai 2016 wieder.

«E-VOTING ERÖFFNET NEUE PFRÜNDE, SCHAFFT NEUE ABHÄNGIGKEITEN UND ANGRIFFSFLÄCHEN.»

Wo der Hase im Pfeffer liegt

E-Voting eröffnet vor allem neue Pfründe für Informatik-Konzerne. Es schafft neue Abhängigkeiten, Manipulationsmöglichkeiten und Angriffsflächen. Die Frage der Zugänglichkeit der Quellcodes der Programme ruft Interessenkonflikte hervor. Datenschutz wird für Verwaltung, Wahlkommissionen und Bürger unüberschaubar. So wurden ein technisches Problem und damit ein potenzielles Datenleck in Norwegen erst nach rund zwei Jahren durch die Berner Fachhochschule entdeckt. Dem staatlichen Schweizer Rüstungsbetrieb RUAG ging es – nebenbei bemerkt – bekanntlich ähnlich wie jüngst auch der Swisscom.

Weiter sind Nachzählungen bisher nicht möglich, ohne dass bekannt wird, wer wie gestimmt hat. Dies stellte «Digitale Gesellschaft» im Dezember 2016 fest.

Daraus resultiert: Gewinner beim E-Voting sind die IT-Konzerne, Verliererin ist die transparente Demokratie.

➔ Die detaillierte Stellungnahme der EDU Kanton St. Gallen ist einsehbar unter www.edu-sg.ch •



Die digitale Gesellschaft verlangt auch Abstimmungen und Wahlen übers Internet. Der Nutzen ist klein, das Sicherheitsrisiko hoch.

Deutschland genehmigt die Medienzensur

Der Staat will seine Sicht der Dinge ungehindert verbreiten können. Mit dem Netzwerkdurchsetzungsgesetz wird die Meinungsfreiheit in Deutschland eingeschränkt. Das ist eine höchst beunruhigende Entwicklung.



Lisa Leisi, Präsidentin EDU Kanton St. Gallen

Neben der «Ehe für alle» wurde vom deutschen Bundestag am 30. Juni 2017 unter anderem das Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG) «durchgewunken». Der Justizminister Heiko Maas wollte sogar noch weitergehen und durchsetzen, dass bei Google und anderen Suchmaschinen die Inhalte der Staatssender ARD und ZDF vorrangig angezeigt werden müssen.

Für die Kanzlerin Angela Merkel war dieser Schritt nötig, um die Stabilität Deutschlands «in einem völlig anderen medialen Umfeld» zu erhalten. Es gäbe im Internet immer mehr Seiten, welche die Meinungsbildung verfälschen würden, sagte Merkel bereits früher im Bundestag.

Internet-Plattformen kommen in die Pflicht

Was will das Gesetz mit dem zungenbrecherischen Namen Netzwerkdurchsetzungsgesetz? Das NetzDG, welches seit dem 1. Januar 2018 in Kraft ist, verlangt, dass der von den Netz-

werkbetreibern zu benennende «Zustellungsbevollmächtigte» in Deutschland innert einer Frist von 48 Stunden Auskunft erteilt, wenn sich Behörden wegen illegaler Inhalte bei ihm melden. Zusätzlich wurde eine Möglichkeit vorgesehen, Entscheidungen in schwierigen Fällen einem «unabhängigen Gremium» zu überlassen, das dem Bundesjustizministerium untersteht. Die umstrittenen Löschrufen von 24 Stunden beziehungsweise sieben Tagen und die Strafandrohung von bis zu 50 Millionen Euro blieben bestehen.

«Katastrophe für die Meinungsfreiheit»

Die starren Löschrufen sowie die hohe Bussgeldandrohung dürften dazu führen, dass die Netzwerke Beiträge im Zweifelsfall schon von sich aus entfernen. Ein Bündnis aus Wirtschaftsverbänden, Netzpolitikern, Bürgerrechtlern, Wissenschaftlern und Juristen protestierte gegen das Gesetz. In einem Manifest warnten sie vor «katastrophalen Folgen für die Meinungsfreiheit». «Reporter ohne Grenzen» und andere Kritiker bezeichneten das NetzDG als einen «Schnellschuss, der das Grundrecht auf Presse- und Meinungsfreiheit massiv beschädigen dürfte.» Bei einer Anhörung im Bundestag hielten fast alle Experten den Entwurf für verfassungswidrig.

Leider ist davon auszugehen, dass das NetzDG die Probleme verschärft, statt die Lösung zu bringen. Die freie Meinungsäusserung gehört zu einer freien Gesellschaft. Beides ist mit dem NetzDG in Frage gestellt. Trotzdem dürfte sich die Tendenz auf weitere westliche Länder ausbreiten. Mit der Verdrängung christlicher Werte dürfte sich mehr Regulierung und Bevormundung für eine einigermaßen funktionierende Gesellschaft weiter aufdrängen.

Ich meine: Bekennende Christen sollten Zeichen setzen, indem sie wertschätzend kommunizieren, aber auch mutig ihre Meinung zum Ausdruck bringen. •



Soll der Staat die Oberaufsicht über Inhalte im Internet bekommen? Und wenn ja, für welche? Deutschland wählt den radikalen Weg.

Geld regiert die Welt. Und wer das Geld?

Am 10. Juni stimmen wir über die Vollgeldinitiative ab. Diese verlangt, dass Geld nur noch von der Nationalbank geschaffen werden kann. Der Versuch einer Standortbestimmung.



Markus Reichenbach, Ingenieur FH

Millionensaläre, Milliardengewinne gehören schon lange zum Alltag. Nur fragt sich, wie diese zustande kommen. Schnell entsteht der Eindruck einer Zweiklassengesellschaft.

Virtuell und ohne Gegenwert

«Geld» ist längst nicht mehr in Münzen oder Banknoten vorhanden, sondern vor allem virtuell, also im Computer. Dieses digitale «Giralgeld» wird grösstenteils von den Banken selber kreiert: Im Kreditgeschäft wird der Betrag nicht ausgeliehen, sondern digital «geschaffen». Und die Banken erhalten erst noch Zinsen dafür.

Die Banken würden sich mit Zinsen auf Geld bereichern, das ihnen gar nicht gehört, kritisieren die Initianten. Der Drang, immer mehr Kredite zu vergeben, würde die Schulden in die Höhe treiben. Deshalb fordert die Initiative, dass Geld nur noch von der Nationalbank geschaffen werden kann (diese muss ihren Gewinn zu mindestens 94 Prozent an Bund und Kantone ausschütten). So möchten die Initianten den «Kasinobetrieb» an den Finanzmärkten und die uferlose Verschuldung drosseln.

Ist «Vollgeld» der richtige Weg?

Natürlich sprechen die Initianten nicht von Verstaatlichung. Obwohl: Die Nationalbank ist eine AG und somit nicht staatlich; aber die Macht wird eben doch auf ein kleines Gremium mit unglaublicher Macht zentriert. Letztlich würde das System nicht reformiert, sondern nur die Machtverhältnisse verschoben. Die Gier der Menschen in den Griff zu bekommen, war schon zu Jesu Zeiten ein Ding der Unmöglichkeit. Ob durch die Zentralisierung nun der «Kasinobetrieb» eingeschränkt werden kann, bleibt fraglich.

Geld soll, laut Initianten, «schuldenfrei» geschaffen werden. Die Nationalbank kann jedoch schon heute Geld aus dem Nichts schaffen – nicht, um Kredite zu vergeben, sondern um Preisstabilität zu garantieren. Ebenso

kauft die Nationalbank mit dem geschaffenen Geld Devisen, Aktien und Obligationen. Das geschaffene Geld hat somit einen Gegenwert. Ob «schuldloses» Geld in der Praxis funktionieren würde, bleibt offen.

Persönliche Überlegungen

Ich sehe eher das Problem, dass vier Fünftel des heute geschaffenen Geldes in den Finanzmarkt und nicht in die Realwirtschaft fliessen. Die Schweiz wäre weltweit das einzige Land mit «Vollgeld». Das dürfte in einer globalisierten Welt kaum funktionieren. Sinnvoller als ein isolierter Versuch wäre wohl ein Vorstoss bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) in Basel. Umgekehrt könnten mit einem Ja möglicherweise die Bankgeschäfte international reguliert werden.

Die Vorlage wird viel zu reden geben. Mir scheint das Signal an die Finanzmärkte wichtig: Sie müssen realisieren, dass sie nicht nach freiem Gutdünken handeln können. Die Richtungsänderung könnte aber anders aussehen, als die Initianten sie sich vorgestellt haben. •



Braucht es neue Vorzeichen im Bankbusiness? Und ist «Vollgeld» der richtige Weg?

Wer verteidigt unsere Armee?



Das waren noch Zeiten: Die Haefeli DH1 wurden von den Eidg. Konstruktionswerkstätten Thun produziert.

Bis 1995 war die Schweizer Armee eine Milizarmee, deren Hauptaufgabe die Verteidigung des Landes war. In den letzten 20 Jahren wurden die Vorzeichen stark verändert. Das Projekt «Beschaffung neuer Kampffjets» dürfte erneut heftigen Gegenwind erhalten.



Arthur Gasser, Mitglied Gemeinderat Dübendorf

Die Schweizer Armee ist auf Verteidigung ausgerichtet. Dank den in einem Aktivdienst angebotenen 400 000 Wehrpflichtigen wäre noch vor 20 Jahren eine breit abgestützte Verteidigung des Landes möglich gewesen. Ressourcen wie Grundhaltung geben heute Anlass zu Fragen.

Paradigmenwechsel von ganz oben

1995 übernahm Bundesrat Adolf Ogi das damalige EMD (Eidgenössisches Militärdepartement). Dieses wurde in VBS (Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport) umbenannt. Ogi soll sich von US-freundlichen Berufsoffizieren überzeugt haben lassen, dass die Schweizer Milizarmee überholt sei und durch eine Einsatzarmee nach NATO-Norm ersetzt werden müsse. Die neu zu bildende Armee sollte in Anlehnung an das Reformprojekt der US Army die Bezeichnung Armee XXI erhalten. Dazu gehörte auch, raschmöglichst «überschüssiges» Material und Waffen zu liquidieren und die Armee auf einen Sollbestand von 220 000 Wehrpflichtigen zu verkleinern. Die Armee XXI konnte allerdings erst unter Ogis Nachfolger, Bundesrat Samuel Schmid (ebenfalls SVP), verwirklicht werden.

Sehr bald zeigten sich strukturelle Schwächen und das gravierende Ungenügen der Armee XXI zur Erfüllung des Verteidigungsauftrags. Zur Beseitigung der grössten Schwächen brachte Bundesrat Schmid im Parlament den «Entwicklungsschritt 08/11» durch. Dieser erwies sich als Flickwerk und damit als Fiasko.

Nach Schmid's Rücktritt richteten sich alle Hoffnungen auf seinen Nachfolger Ueli Maurer – insbesondere, dass dieser die Demontage der Miliz-

armee beseitigen würde. Weit gefehlt! Sehr bald trat der neue VBS-Vorsteher mit einem neuen Reformprojekt, der «Weiterentwicklung der Armee» (WEA), auf. Nun waren nicht nur «überzählige» schwere Waffen zu liquidieren, sondern die Armee auf einen Sollbestand von nur noch 100 000 Wehrpflichtigen zu reduzieren. Den Hauptauftrag Verteidigung sollen weniger als 30 000 Wehrpflichtige erfüllen.

Kampffjets als Nagelprobe?

Die Beschaffung des Kampfflugzeuges Gripen wurde 2014 abgelehnt. Bundesrat Maurer liess die Probleme hinter sich und wechselte ins Finanzdepartement. Der neu gewählte Bundesrat Guy Parmelin musste das VBS übernehmen. Auch er hält an der WEA fest. Wenn nicht endlich mit aller Deutlichkeit und rasch vorgegangen wird, ist nicht auszuschliessen, dass die Schweiz nach den F/A-18 über keine Kampfflugzeuge mehr verfügt. Es muss damit gerechnet werden, dass die Schweiz sehr bald keine einsatzfähige Armee mehr hat und deshalb auch nicht mehr verteidigungsfähig sein wird.

Werden die Zeichen der Zeit erkannt? Ist der von diversen politischen Kreisen gewollte Niedergang der Schweizer Armee noch abzuwenden? Andernfalls droht eine Katastrophe, die spätestens unsere Nachkommen spüren werden.

➔ Dieser Artikel basiert auf den Beiträgen von Prof. Dr. Albert A. Stahel und Peter Schneider in den «Info News» des Forums Flugplatz Dübendorf, Nr. 50/Januar 2018. •

Zuschriften

Abstimmungsvorlagen vom 4. März

Die Ja-Parole der EDU-Delegierten zu «No Billag» macht mich betroffen. War den Delegierten bewusst, dass damit die regelmässigen christlichen Sendungen «Fenster zum Sonntag» oder «Kirchenfenster» auf Radio BeO verschwinden würden? Die EDU moniert, die Privatradios erhielten nur 10 Prozent der Billag-Gebühren. Fakt ist, dass diese 10 Prozent zwischen 25 und 75 Prozent der Budgets von Lokalradios ausmachen. Die Delegierten riskieren das Aus der Verkündigung des Evangeliums in Radio und Fernsehen und vergessen, dass sie mit biblischen Werten politisieren wollen!
Theo Andrae, Uttigen

Die EDU hat schon oft Abstimmungsparenen gebracht, die für Christen relevant sind. Warum man bei dieser Frage auf die Seite der SVP gekippt ist, können wir nicht nachvollziehen. Die Randregionen – Graubünden, das Tessin und Teile des Welschlandes als Sprachminderheiten sowie Menschen mit Hör- oder Sehbehinderung – wären betroffen. Und wer käme für die Kosten von Radio- und TV-Predigten auf, etwa die EDU? Auch wir stören uns an israelfeindlichen Aussagen. Das Kind mit dem Bad ausschütten war jedoch noch nie die richtige Lösung.
Doris und Peter Härtli (per E-Mail)

Petition «Schweizer Botschaft nach Jerusalem!»

Es ist kein Zufall, dass Israel 2018 seinen 70. Geburtstag feiern kann. Und auch nicht, dass der US-Präsident 50 Jahre, nachdem Jerusalem wieder unter jüdischer Kontrolle ist, dieses als Hauptstadt Israels anerkennt. Jener 6. Dezember war ein Moment von grosser prophetischer Bedeutung: es war der 19. Kislev, wie es auch der 19. Kislev 1949 war, als Ben Gurion Jerusalem als Hauptstadt Israels ausrief! Auf der anderen Seite haben wir eine Weltgemeinschaft (UN), die 50 Jahre lang jegliche jüdische Verbindung zu Jerusalem leugnet. Wir stehen in einer gewaltigen und gewaltsamen geistigen Auseinandersetzung. Von dieser Verwirrung ist auch ein Teil der Gemeinde betroffen.
Werner Woiwode, Stein am Rhein

Ich nehme an, die Schweizer haben bei der Auflösung der Helvetik 1802 die Weltgemeinschaft nicht angefragt, ob Bern Bundesstadt werden dürfe. Von Israel aber wird genau das verlangt! Wenn jemand auf die Idee kommt, Jerusalem als Israels Hauptstadt anzuerkennen, wird er als Unfriedensstifter beschimpft. Wenige Tage vor Weihnachten verurteilte die Uno-Vollversammlung Präsident Trumps Jerusalem-Erklärung. Die neutrale Schweiz stimmte zu. Es ärgert mich, dass die Schweiz diesen Fehlentscheid der UNO mit-

Ihre Ansicht interessiert uns! Trotzdem können wir nicht alle Zuschriften berücksichtigen. Der Abdruck erfolgt gekürzt und in redigierter Form.

trägt und sich damit gegen den einzigen demokratisch regierten Staat des Nahen Ostens stellt. Und das nur, weil es opportun ist, die arabischen Staaten nicht zu verärgern.
Eric Bauert, Aeugst am Albis

«Bitcoin»

Wir beziehen den «EDU-Standpunkt» schon lange. Ich muss Sie darauf hinweisen, dass die geschilderte Entwicklung im Blick auf Offenbarung 13 und 17 zu lesen und daher sehr ernst zu nehmen ist. Herzliche Grüsse mit 2. Thessalonicher 2,16.17.
Elmar Filipot, Hasle-Rüegsau

Allgemein

Ich bin sehr froh für die EDU. Die christlichen Grundlagen gehen immer mehr verloren. Ich bedaure sehr, dass viele Kirchen wie Vereine geführt werden. Als altem Mann bleibt mir nur noch zu beten – und Ihnen für Ihren Einsatz zu danken!
Guglielmo Semadeni, Poschiavo

Wir lesen den «EDU-Standpunkt» mit grossem Interesse und wünschen Ihnen Gottes Segen in Ihrer Arbeit.
Katharina von Bergen (per E-Mail)

LESER-
BILD



Gute Nachrichten für alle

Von A wie Anzeiger von Uster bis Z wie Zürcher Oberländer: Mit dem Standpunkt setzt die EDU Zeichen, auch auf dem «Lesetisch» im Kantonsrat Zürich.

Dieses Bild wurde uns zugesandt von
Erich Vontobel, Kantonsrat EDU Kanton Zürich/
 Fraktionschef

Zusammen gehen statt stehenbleiben

Die EDU Schweiz sucht Kontakt mit Werken, die gleiche oder ähnliche Zielsetzungen befolgen. Ein weiteres Resultat sind Vorträge in Zürich, Chur und Thun.

Thomas Feuz, Mitglied GL EDU Schweiz

Wie können Ressourcen besser genutzt werden? Ist es möglich, konkrete Aktionen mit ähnlich gesinnten Personen und Werken zu lancieren?

Getrennt gehen, gemeinsam agieren

Der langjährige administrative Leiter der Klinik SGM in Langenthal, Richard Hebeisen, sagte gegenüber dem «Standpunkt»: «Kooperationen werden immer wichtiger. Ich wünsche meinem Nachfolger, dass er in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht die richtigen Schritte gehen kann.» Zusammenarbeit macht dort Sinn, wo gleiche Interessen bestehen und Ressourcen genutzt werden können.

Wenn die EDU den Kontakt zu anderen Bewegungen sucht, geht es darum, die Kräfte zu stärken. Zudem wird ein gemeinsamer Auftritt glaubwürdiger. Dies geschieht etwa mit Listenverbindungen oder den Vorträgen von EDU und EVP Kanton St. Gallen in Kirchen und Gemein-

den, dem gemeinsamen Politlunch in Thun oder einem (geplanten) Vorstoss in der Romandie.

«Gehört der Islam zur Schweiz?»

Jüngstes Beispiel einer übergreifenden Zusammenarbeit sind gemeinsame Vorträge mit Zukunft Schweiz («Mit Werten Wert schaffen», Winterthur). Die Thematik der öffentlich-rechtlichen Anerkennung des Islam und deren mögliche Konsequenzen ist hochaktuell. Die Anlässe finden in Zürich, Chur und Thun statt (siehe Seite 18). •

3 Fragen an Manfred Locher, EDU-Stadtrat (Legislative) in Thun

Warum eine Zusammenarbeit mit Zukunft CH?

Die Organisation wurde von Pfr. Stückelberger ins Leben gerufen, einem Mann mit Erfahrung und Weitblick. Zukunft CH bringt das thematische Know-how, die EDU die Strukturen vor Ort ein.



Ihre konkreten Erwartungen an den Abend?

Ich erwarte Information statt Indoktrination, damit Meinungsbildung passieren kann. Mein Wunsch ist es, dass die Gäste in ihrem Umfeld orientieren können.

In der Politik wird zunehmend über die Köpfe hinweg entschieden. Kommt dann die Reaktion von der Basis, heisst es oft «Ihr seid zu spät, das ist längst eingeführt.»

Ich finde es gut, dass wir bei einer so wichtigen Frage von Anfang an präsent sind.

Gemeinsame Aktionen – das Modell der Zukunft?

Es ist gut, wenn Ressourcen vermehrt gemeinsam genutzt werden. Es ist schade, wenn Kräfte verpuffen und in der Angebotsfülle niemand mehr den Überblick hat. Aktionen sind glaubwürdiger, je mehr Exponenten dahinterstehen. Zudem haben wir eine grosse Zusage (Matthäus 18,20). Das ist wie ein Bonus: Wir können nicht nur Potenzial nutzen, sondern haben auch die Verheissung göttlichen Segens.



Lista d'attesa anche per andare in carcere!



Sovraffollamento al carcere della Stampa. L'anno scorso un nuovo record.

Edo Pellegrini, presidente UDF Ticino

I dati pubblicati dall'Ufficio federale di statistica parlano di un'occupazione del 107%. Lo conferma il direttore delle strutture carcerarie ticinesi Stefano Laffranchini: «Negli ultimi anni l'aumento è stato costante e ha raggiunto un nuovo picco l'anno scorso.» I numeri parlano chiaro: nel 2016 in Ticino le giornate di incarcerazione sono state 82mila in totale, nel 2017 sono salite a 87mila. È chiaro che tutto ciò ha delle conseguenze: grande stress per le guardie carcerarie e maggior rischio di episodi di insofferenza, se non di violenza.

Lista d'attesa di un mese

Come è possibile? Sempli-

ce: i carcerati in attesa di giudizio sono ospitati al carcere giudiziario della Farena. Poi dovrebbero passare al carcere penale della Stampa per l'esecuzione anticipata della pena o per l'esecuzione della pena decisa da un tribunale, ma qui c'è quello che il direttore delle carceri ha chiamato «collo di bottiglia»: non c'è posto a sufficienza. Entro l'estate 2018, però, i detenuti dovrebbero avere un po' più di spazio grazie alle 15 celle in più che verranno rimesse in funzione alla Stampa alla fine dei lavori di ristrutturazione che sono in corso.

Ancora a livello di studio di fattibilità è poi la progettazione di due sezioni aggiuntive già approvate dal Consiglio di Stato.

Ma perché tutto ciò?

Va innanzitutto detto che, a fronte di una percentuale di stranieri in Ticino di meno del 30%, in carcere, tale percentuale si avvicina all'80%. Due sono i problemi che, a differenza dei molti altri cantoni, affliggono il Ticino: la criminalità transfrontaliera ed il fatto di essere un territorio di passaggio del traffico di droga dal sud al nord dell'Europa; se un trafficante straniero viene fermato, giudicato e condannato in Ticino, scontrerà da noi la sua pena.

E perché dobbiamo pagare tutto noi ticinesi?

A me non sembra normale che dobbiamo spendere ol-

tre 300 CHF al giorno (che è il costo di un detenuto alla Stampa) per mantenere malviventi che non hanno nulla a che vedere con il Ticino se non per il fatto di aver attraversato la frontiera solo per fare una rapina o per essere stati arrestati mentre attraversavano il nostro territorio per andare a delinquere altrove. Stiamo parlando di decine di milioni di franchi. Mi chiedo quindi se non sarebbe il caso che il Consiglio di Stato chiedesse alla Confederazione di contribuire alle spese.

«... wegen ihrer konsequenten Grundhaltung und klaren Aussagen»

Weshalb sind Sie bei der EDU?



«Ich engagiere mich in der EDU, weil sie die einzige Partei ist, die sich konsequent an der Bibel orientiert und diese als Richtlinie anerkennt. Das entspricht meiner persönlichen Lebenshaltung – eine Lebenshaltung, die geprägt ist von Ehrfurcht Gott gegenüber. Bedenken wir nur, wie sehr die Gottesfurcht heutzutage mit Füßen getreten wird! Anstelle der traditionellen Ehe tritt vermehrt die «Ehe für alle», Abtreibungen werden in einer erschreckenden Selbstverständlichkeit durchgeführt, zerrüttete Familienverhältnisse, Streit, Selbstmorde sind an der Tagesordnung, wie auch Drogen- und Alkoholmissbrauch sowie ausschweifende Sexualität, die schleichende

Indoktrinierung der Gender-Ideologie gilt als normal und modern.

Da schätze ich es sehr, dass es eine EDU gibt, die standhaft und klar in der Haltung ist und gesellschaftlichen Fehlentwicklungen heute und in Zukunft mutig mit biblischen Werten begegnet. Ich habe mich entschieden, in der EDU mitzuhelfen und mitzutragen – Gott zur Ehre.»

Markus Brechbühl (53)

verheiratet, 1 Tochter und 3 Söhne; Ausbildung: Dr. sc. nat., Beruf: Chemiker; Amt: Gemeinderat Dübendorf (Legislative)

Angebote und Termine

Marktplatz

VERKAUFEN

Direkt vom Bauer – ist schlauer! Rind- und Kalbfleisch aus Graubünden: 10-kg Mischpakete. Das Fleisch ist frisch, Portionengrösse nach Ihrem Wunsch, vakuumiert und angeschrieben. Persönliche Hauslieferung Region Chur, Winterthur, Zürich, Aarau Basel. Nächste Lieferung: 10. März 18. Rindfleisch: CHF 25.-/kg; Kalbfleisch: CHF 30.-/kg. Kontakt: J. + C. Roffler-Jossen, Plattaweg 20, 7232 Furna; 081/332 30 13, roffler.cornelia@bluewin.ch

VERMIETEN

Frühling im Tessin am Luganersee in Brusino Arsizio, 3 ½-Zi.-Whg. mit 6 Betten, ruhig, sonnig, Seesicht. CHF 720.-/W. K: 076 547 79 05

Ferienwohnung im sonnigen Hochtal Avers GR, 6 Betten, für Ferien zu jeder Jahreszeit. CHF 380.-/W., Wintersaison: CHF 480.-/W. K: 071 642 15 19

SUCHEN IMMOBILIEN

Zu kaufen gesucht: 2-3-Familienhaus südl. von Bern bis 25 km. Wenn möglich nahe von ÖV. K: 076 547 79 05

SUCHEN

1-2-Zi.-Wohnung im Kanton Zürich an grüner und ruhiger Lage. CHF 500-1100. K: 043 299 07 11, 076 544 09 88

OFFENE STELLEN

Wir suchen gelernten Landschaftsgärtner mit Berufserfahrung in vielseitigen Kleinbetrieb, vorwiegend Gartenunterhalt, Region Bern. Sie bringen viel Freude am Beruf mit, arbeiten gerne in einem kleinen Team, sind belastbar und bekennender Christ. Arbeitsbeginn Mai 2018 oder nach Vereinbarung. K: 079 354 33 23

VERSCHIEDENES

www.predigten4you.ch – Predigten für Sie, wie Sie es wahrscheinlich nicht gewohnt sind.

Die EDU lädt ein

Baden: jeden 2. Montag im Monat, Beginn 19.15-19.30h, Schluss 21 h., im «be blessed plus», Rathausgasse 8: EDU-Gebet. K: 079 541 38 51

Heiden: jeden 1. Dienstag im Monat, 14.30h, Pfingstgemeinde, Asylstrasse 26: EDU-Gebet. K: 077 520 48 73

Biel: jeden 1. Donnerstag im Monat, 19h, Fam. Wüthrich, Weidstrasse 15: EDU-Gebet. K: 032 365 42 53

Männedorf: jeweils mittwochs in den geraden Kalenderwochen, 9-10h, Luegislandstrasse 27: EDU-Gebet. K: 044 920 45 43

Zürich: jeweils am 2. Mittwoch im Monat, 18.30-19h, Glockenhof, Raum der Stille, Sihlstrasse 33: EDU-Gebet. K: 044 322 61 46

2.3. Illnau: 20h, Rest. Rössli, Kempptalstrasse 52: Vortrag «Droht uns ein Klimakollaps?», mit Dr. rer. nat. Markus Blietz. Veranstaltung der EDU Bezirk Hinwil. K: 055 241 10 00

3.3. Wattwil: 10.30h, Rest. Thunpark, Volkshausstrasse 23: öffentlicher Vortrag mit Dr. rer. nat. Markus Blietz: «Droht uns ein Klimakollaps?». K: 071 420 92 64, www.sg.edu-schweiz.ch

3.3. Rüti: 19h, Gasthaus Löwen, Dorfstrasse 22: Vortrag «Droht uns ein Klimakollaps?», mit Dr. rer. nat. Makus Blietz. Veranstaltung der EDU Bezirk Hinwil. K: 055 241 10 00

4.3. Wetzikon: 19h, Hotel Swiss Star, Grubenstrasse 5: Vortrag «Die letzte Diktatur?», mit Dr. rer. nat. Markus Blietz. Veranstaltung der EDU Bezirk Hinwil. K: 055 241 10 00

12./26.3. Bülach: 20h, Gemeinde für Christus, Schaffhauserstrasse 4: Gebet der EDU Zürcher Unterland. K: 044 865 20 32, 044 856 01 93

18.3. Herisau: 17h, Pfingstgemeinde, Rosenastrasse 1, EDU-Gebet. K: 071 351 67 39

19.3. Zürich: 19.30h, Stiftung zum Glockenhaus, Sihlstrasse 33: Vortrag «Gehört der Islam zur Schweiz?», mit Laila Mirzo und M. Hikmat. Organisiert in Partnerschaft mit der Stiftung Zukunft CH. www.edu-zh.ch/www.zukunft-ch.ch

23.3. Thun: 19.30h, Burgsaal, Burgstrasse 8: Vortrag «Gehört der Islam zur Schweiz?», mit Laila Mirzo und M. Hikmat. Organisiert in Partnerschaft mit der Stiftung Zukunft CH. K: www.zukunft-ch.ch

23.3. Uznach: 19.30h, Treffpunkt, Etzelstrasse 5: Vortrag «Das Wirken der EDU im Zürcher Kantonsrat», mit Fraktionspräsident Erich Vontobel. K: 071 420 92 64 www.sg.edu-schweiz.ch

26.3. Chur: 19.30h, Hotel Chur, Welschdörfli 2: Vortrag «Gehört der Islam zur Schweiz?», mit Laila Mirzo und M. Hikmat. Organisiert in Partnerschaft mit der Stiftung Zukunft CH. K: www.edu-gr.ch/www.zukunft-ch.ch

19.4. Glarus: 20h, Hotel Restaurant Stadthof, Kirchweg 2: öffentlicher

Vortrag mit Pierre Herter: «Erlassjahr – auch etwas für uns?» K: 055 640 59 60

27.4. Haslen (GL): 16h, Bahnhofstrasse 9: Glarner Textilien heute – Betriebsbesichtigung Weberei Daniel Jenny & Co., mit Apéro im Fabrikladen in Ennenda. K: 055 640 59 60

Christliche Anlässe

Seminar für biblische Theologie Beatenberg

5.-9.3. Bibellkunde Kleine Propheten, mit Walter Gisin
8.-9.3. Seelsorge Teil 1
16.-15.3. Seelsorge Teil 2
29.3.-2.4. Ostertage mit Ulrich Parzany: «Vom Zweifeln zum Staunen – Wie der auferstandene Jesus unsere Augen öffnet», mit Kinderprogramm. K: 033 841 80 00, www.gaestehaus.ch

Leben live Thun

5.3. 19.30-21.30h, Burgsaal, Thun: Podiumsgespräch «Leben live – auch in der Politik?». Talkrunde mit Melanie Beutler-Hohenberger (EVP), Regina Furrer (SP), Samuel Kullmann (EDU), Hannes Zaugg (GLP) u. weiteren Gästen. Austausch u. Apéro. K: 079 582 60 65, herbert.geiser@vfm.ch, www.leben-live.net

Ländli Oberägeri

9.-11.3. Kreatives Impuls-WE «Bis mein Herz Ruhe findet in dir» K: 041 754 91 11, www.zentrum-laendli.ch

Vereinigung Pro Israel

jeweils 20h, Vorträge mit Daniel Yahav, Tiberias
12.3. Basel, Thomaskirche, Hegenheimerstr. 229
13.3. Herisau, Casino, Poststr. 9, kleiner Saal
14.3. Chur, FocusC, Calanda-Str. 38
15.3. Lamone/TI, Spazio d'Incontro, Stabile Talete, Via Girella 4
16.3. Spiez, Lötschbergzentrum, Thunstr. 2
17.3. Wetzikon, FEG/Langfurrenstr. 2
18.3. 13.30h: Suhr, Zentrum Bärenmatte
18.3. 20h: Kloten, Zentrum Schluiefweg, Schluiefweg 10
19.3. Weinfelden, Hotel Thurgauerhof, Thomas-Bornhauser-Str. 10
20.3. Lyss, Hotel Weisses Kreuz, Marktplatz 15
21.3. Wichtlach, Christliches Zentrum Thalgot, Sägebachweg 1
K: Pro Israel, Postfach, 3607 Thun, 033 335 41 84

Gemeinde für Christus

16.-18.3. Worship-Weekend
19.-25.3. Frühjahrsbibelfreizeit
11.-15.7. Das Emmental per E-Bike oder zu Fuss entdecken
Anm.: 031 770 71 71, freizeithaus.gfc.ch

Stiftung Zukunft CH

Vortrag «Gehört der Islam zur Schweiz», mit Laila Mirzo und M. Hikmat, jeweils 19.30h.
17.3. St. Gallen: Pfalzeller, Klosterhof 3
20.3. Aarau: Gasthof zum Schützen, Schachenallee 39
22.3. Schwyz: Mythenforum, Reichsstrasse 12

STH Basel

17.3. 9.30-15h, Schnupperstudientag «Was heisst Theologie studieren?»: Kurzvorlesungen mit Diskussionsmöglichkeiten. Anm.: www.sthbasel.ch/schnupperstudientag

Seminarcenter Treffpunkt

18.3. 20h, Etzelstrasse 5, Uznach: Multimedia-Präsentation «Qumran und die Geheimnisse der Schriftrollen vom Toten Meer», mit Dr. theol. Roger Liebi. K: www.seminarcenter-treffpunkt.com

Animato-Konzert

18.3. 17h, GfC, Bernstrasse 75, Steffisburg: «West Side Story»
24.3. 20h, Nydeggkirche, Bern
25.3. 17h, Nydeggkirche, Bern
Wichtig: Für alle Konzerte müssen Gratis-Tickets heruntergeladen werden. K: www.animato

Evang. Freikirche Action Bible

24.3. 19.30h, Kapelle Siloah, Worbstrasse 328, Gümligen: Impulse für das Leben «Warum lässt Gott das zu?», mit Christopher Hadisaputro

Abraham Dienste – Marsch des Lebens für Israel

2.4.-6.5. Von Kreuzlingen nach Genf – 424 km – erinnern, versöhnen, ein Zeichen setzen, segnen, erstatten. 2.4. Konstanz – Kreuzlingen, 8.4. Zürich, 15.4. Bern, 22.4. Payerne, 6.5. Genf.
K: www.verein-abraham.ch, www.marschdeslebens.ch

Credo Schloss Unspunnen

30.4.-2.5. Frauentagung
K: 033 822 32 06, www.credo.ch

Kontaktperson

Nicole Salzmann
marktplatz@edu-schweiz.ch

Der «EDU-Standpunkt» 04/2018 wird am 26. März versandt.
Redaktionsschluss: 9. März 2018, Druck: 22. März 2018

Probeabonnement
info@edu-schweiz.ch
033 222 36 37

Jahresabonnement
CHF 30.-/25 € (inkl. 2,5% MwSt)

Impressum

HERAUSGEBER/ REDAKTION

EDU-Standpunkt
 Postfach 43
 3602 Thun

ADMINISTRATION UND ADRESSMUTATIONEN

033 222 36 37
 mutationen@edu-schweiz.ch

ANZEIGENVERKAUF

(Inserate, ohne Marktplatz)
 031 818 01 42
 inserate@edu-schweiz.ch

MARKTPLATZ

033 222 37 06
 marktplatz@edu-schweiz.ch

REDAKTION

033 222 37 07
 redaktion@edu-schweiz.ch

ABONNEMENT

CHF 30.-/25 € (inkl. 2,5 % MWST)

REDAKTION

Thomas Feuz (Leitung)
 Arthur Gasser
 Roland Haldimann
 Lisa Leisi
 Martin Lex
 Hans Moser
 Markus Reichenbach
 Daniel Suter

Schreibende geben ihre
 persönliche Ansicht wieder.

KONZEPT / GESTALTUNG

Basel West
 Unternehmenskommunikation AG

LAYOUT

Harold Salzmann

DRUCK UND SPEDITION

Jordi AG, Belp

FOTOS

Titelseite: iStock / ALOfPeople
 Kopfbilder, 3, 5, 8, 9, 16: zvg
 4, 13: Harold Salzmann
 7, 11, 12, 19: pixabay.com
 14: wikipedia.org / von Unbekannt oder nicht an-
 gegeben – Swiss Federal Archives, gemeinfrei
 15: Erich Vontobel

Erscheint monatlich
 11 Ausgaben (Doppelnummer 7/8)

Auflage: 23500 Exemplare

Postcheck 30-23430-4
 IBAN CH 35 0900 0000 3002 3430 4
 www.edu-schweiz.ch

333 Meter pro Sekunde



**SCHLUSS
 PUNKT**

Ruedi Ritschard, Kolumnist

Scheiben erzittern, Menschen schauen ängstlich nach oben, die Katze verzieht sich unters Sofa. Was für ein Lärm! Die Luftwaffe war wieder schnell unterwegs, schneller als der Schall, der immerhin mit 333 Metern pro Sekunde oder mit fast 1200 Kilometern pro Stunde durch die Gegend rast. Ein ordentliches Tempo.

Auch Passagierflugzeuge düsen rasend schnell um die Welt. Die schnittige Concorde schaffte die doppelte Schallgeschwindigkeit. Nun bleiben die Riesenflieger aber schön brav knapp unter 1000 km pro Stunde. Immer noch unglaublich schnell. Da gibt es eine 377 Tonnen schwere Maschine, 70,6 m lang und 19,3 m hoch, mit Lounge, sechs Toiletten, Schlafzimmer, Badezimmer, Suite, Krankenstation, Konferenzraum, Kommunikationszentrale und Passagierkabinen. Im Büro stehen 80 Telefone und 20 Fernseher. Natürlich darf die Bordküche nicht fehlen: Hier kann für 100 Personen richtig gut gekocht werden. Sie haben es erraten: Ich rede von der Boeing B 747-200, der Air Force One, dem fliegenden Büro des US-Präsidenten, dem fliegenden Weissen Haus.

Kürzlich landete dieses Riesending in Zürich-Kloten. Präsident Donald Trump stieg um in die Marine One, seinen extra in die Schweiz transportierten Präsidenten-Heli. Und ab nach Davos, sehnlichst erwartet von der Weltelite am WEF. «America first», war Trumps Botschaft. Amerika zuerst – aber nicht «Amerika alleine»! Ich mag Donald Trump. Und wünsche mir eine Regierung, die malforsch und furchtlos auf den Tisch klopft und klipp und klar sagt, wer wir sind und dass die EU mit uns nicht «ds Chalb cha mache».

Ja, «der» Trump. Kaum im Amt, anerkennt er Jerusalem als Hauptstadt Israels! Im Überschalltempo ging das. Seine Vorgänger hatten den Schneid nicht, suchten immer Ausreden. Dabei machte König David Jerusalem schon vor 3000 Jahren zur Hauptstadt Israels. Aber das will niemand wahrhaben, schon gar nicht Westeuropa, Israels ärgster Kritiker.

Was wird doch auf Donald Trump herumgetrumpelt, äh herumgetrampelt. Klar, er ist ein besonderer Präsident. Aber das ist und war jeder Staatspräsi. Und grundlos wurde Herr Trump nicht gewählt. Wir sollten aufpassen, wie wir über Staatsoberhäupter lästern und usrüeffe.

Ich weiss, ich weiss! Wie viel Elend geht doch auch von der Obrigkeit aus... Aber eben: Nach Römer 13 steht Gott dahinter, der weiss, was er tut. Also: Nicht ausrufen, für Trump beten! Und für alle andern... Und ruhig auch ganz schnell. •

Naturfaserkleider von Kopf bis Fuss

Erwecke deine natürlichen Stärken mit
temperatur- und -feuchtigkeitsregulierender Wolle!



Wolle - kühl im Sommer
- warm im Winter

atmungsaktiv
trocknet rasch
stinkt nicht

Wollunterwäsche
Wollsocken
Wollfleece-Jacken
Alpaka-Pullover
Icebreaker-Kleider
Swisswool-Jacken



Spycher-Handwerk



www.kamele.ch

Weg der Wolle
Betriebsführungen
Jurtenübernachtungen
Naturbettwaren

062 962 11 52

2018 – Israel-Solidaritätsreisen

Israel-Frühlingsreise
30. April – 14. Mai 2018
Israel-Herbstreise
14. – 28. Oktober 2018

Prospekt: Pro Israel
Postfach, 3607 Thun
Tel. 033 335 41 84,
info@proisrael.ch
www.vereinigungproisrael.ch

PROSPERITA

Die christlich-ethische
Pensionskasse

www.prosperita.ch



Solidarität unter Christen
Firmen und Dienstleistungen
stehen Ihnen zur Auswahl

www.cgs-net.ch

CGS ECS IC5
Christliche Geschäftsleute Schweiz



Bern
Bundesplatz
14 Uhr – 16 Uhr
Sonntag, 15. April 2018

Erinnern
Versöhnen
Ein Zeichen setzen
Segnen, erstatten
Aufarbeiten der Vergangenheit
Beziehungen zwischen Juden und Christen ermöglichen
Für Israel und gegen modernen Antisemitismus
Beschenken und zurückgeben

www.marschdeslebens.ch
www.verein-abraham.ch

